

OV 30.04.14 S20

Mayer verteidigt laschere Kontrollen

EU-Abgeordneter unterstützt Entscheidungen zur Fleischschau in Schlachthöfen / Kritik von Veterinären

Deutschland werde nicht gezwungen, die strengeren Kontrollen in den Schlachthöfen aufzugeben, meinte der scheidende Europa-Parlamentarier.

VON HUBERT KREKE

Cloppenburg. Der EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) hat die Aufweichung der Fleischkontrollen in den Schlachthöfen verteidigt. Die ab Juni erlaubte Untersuchung der Schlachtschweine durch Augenschein statt Tasten und Schneiden diene der Hygiene, meinte er am

Montagabend. Nach Erkenntnissen einer Expertenkommission in Brüssel richte die Fleischschau mit dem Messer mehr Schaden als Nutzen an, weil im Fall eines infizierten Befunds die Erreger mit der Klinge über eine ganze Reihe von Schlachttieren verteilt würden. „Das Messer kriegen sie nicht wieder sauber“, meinte Mayer.

Der Präsident des deutschen Veterinärverbandes hatte diese Einschätzung der EU-Experten als „Unfug“ bezeichnet. Herbert Ahrens aus Essen hält das Infektionsrisiko für vorgeschoben. Der Landesgeschäftsführer der Fachassistenten für Fleischhy-

giene sagte: „Wir wissen sehr gut, wie wir Keimübertragungen verhindern können. In Wirklichkeit geht es um noch schnellere Bandlaufzeiten und Personaleinsparungen.“ Damit habe sich die Lobby der Fleischindustrie in Brüssel durchgesetzt, zum Nachteil der Verbraucher.

Mayer: Neue Richtlinie garantiert in Europa Mindeststandards

Mayer sieht den Sinn der Richtlinie dagegen darin, Mindeststandards in ganz Europa zu garantieren, auch dort, wo die

Fleischkontrollen nicht deutschen Maßstäben genügen. Als Beispiel nannte er rumänische Schlachthöfe. Deutschland werde jedoch nicht gezwungen, bessere Regeln zum Schutz der Verbraucher aufzugeben, sondern könne trotz der Richtlinie an seinem Kontrollniveau festhalten.

Der EU-Abgeordnete, dessen Wahlzeit am 25. Mai endgültig abläuft, kritisierte in diesem Zusammenhang die Neigung deutscher Bürokratie und deutscher Politik, EU-Regelungen auf das Schärfste auszulegen und anzuwenden. Darin sei Deutschland „Europameister“, meinte er ironisch. Aber er betonte: „Das geht

uns nichts an.“ Wie die Länder ihre nationalen Spielräume nutzen, sei deren Sache.

Sein „Nachfolger“ in der Kandidatenrolle, der Anwalt Dr. Stefan Gehrold aus Lohne, wirbt trotz schlechter Chancen auf ein Mandat für Europa und die CDU. Auf dem undankbaren fünften Listenplatz seiner Partei ist sein Einzug ins Parlament gefährdet, zumal die Aufhebung der Drei-Prozent-Hürde Verluste bescheren dürfte. Gehrold gab sich dennoch unverdrossen: „Wenn ich mich aus Enttäuschung zurückziehen würde, wäre ich ein schlechter Parteigänger“, meinte der Anwalt.